

## **Ausgangssituation seit dem letzten Gespräch**

**1) Die Zeichen eines sich beschleunigenden des Klimawandels haben sich verstärkt!**

**2) Es gibt zunehmende deutliche Warnungen des IPCC sowie einzelner Wissenschaftler vor katastrophalen Auswirkungen bei einem „weiter so“ wie bislang!**

Beispiele:

Prof. Hans Joachim Schellnhuber (August 2018):

**„Was heute geschieht, gleicht einem kollektiven Suizidversuch“**

Prof. Harald Lesch (Dezember 2018):

Der Klimawandel sei längst ausgeforscht, die Fakten hinlänglich bekannt. Die Erderwärmung schreite voran, Gletscher verschwänden, die Meeresspiegel stiegen an und die Extremwetterereignisse verschärften sich.

**„Wenn wir jetzt nichts tun, werden wir in absolut katastrophale Abläufe geraten.“ ... "Wir brauchen eine politische (Klimaschutz-) Aktivitätsinitiative, und zwar parteiübergreifend"**

**3) Die Bevölkerung ist sich der Dringlichkeit bewusst und erwartet mehr Anstrengungen für den Klimaschutz!**

Umfrage des Instituts Forsa vom Oktober 2018 im Auftrag von WELT und des Energiekonzerns EnBW: **„Deutsche sind bereit, für Energiewende Opfer zu bringen.“**

**Wahlen in Bayern und Hessen mit Erfolgen für Partei mit klarem Bekenntnis zum Klimaschutz**

**Dennoch wurden mit dem Energiesammelgesetz im Dezember folgendes festgeschrieben:**

- Sonderausschreibungen von jeweils 4 GW für Wind und PV **nun auf 3 Jahre gestreckt (statt 2)**
- pauschale **Absenkung der Einspeisevergütung** für PV-Anlagen größer 40 kWp in Schritten **um final 15%** ab April 2019
- **Beibehaltung des 52 GW-Deckels** bei der Photovoltaik
- keine substantielle Entbürokratisierung des Mieterstromgesetzes wie im Koalitionsvertrag vereinbart und zudem sogar eine Kürzung (!) beim Mieterstromzuschlag  
Zitat RA Dr. Sebastian Helmes von der Kanzlei Sterr-Kölln vom 7.12.18: Von der Zielmarke des Gesetzgebers haben wir gerade mal 1 % erreicht. Und weil die Kosten für Messkonzepte und Administration in Zukunft nicht sinken, sondern eher steigen, sieht es für neue Projekte düster aus.

**Unser Apell:**

**Klimaschutz-Aktivitätsinitiative mit klarer Zielvorgabe für ein dekarbonisiertes, stark dezentrales Energieversorgungssystem mit hohem Eigenversorgungsanteil und Schaffung von Investitionsanreizen statt Hürden**

## **Dringende Maßnahmen aus Sicht des Energiewende ER(H)langen e.V.**

### **1) Beendigung der Kohle-Verstromung bis spätestens 2030 bei Abschaltung der 20 ältesten Kraftwerke bis 2020;**

Einleitung eines Konjunkturprogramms für die Lausitz & das Ruhrgebiet mit staatlich finanzierten Produktionsstätten für Photovoltaik-Module und Batterie-Zellen; (folgend der europäischen Initiative von Prof. Dr. Eicke Weber, ehem. Leiter des Fraunhofer ISE in Freiburg, der den Aufbau einer Europäischen Modulproduktion mit 10 GW Jahreskapazität fordert; ein Teil hiervon könnte in D gebaut werden)

*Analog den Plänen von CDU/CSU für eine Ausbauoffensive Mobilfunk mit einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft;*

Vorteile: Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze; Gewinne aus der Modul-Produktion gehen nicht ins Ausland und refinanzieren die staatliche Anschubfinanzierung;

### **2) Einführung einer nationalen Abgabe auf CO<sub>2</sub>-Emissionen**

Ein CO<sub>2</sub>-Preis erzeugt Investitionssicherheit und marktwirtschaftliche Nachfrage nach regenerativem Strom

Beispiel Schweiz: 85 Euro/Tonne; Einnahmen werden an die Bürger zurückgezahlt;

Vorschläge zur Umsetzung in Deutschland vom CO<sub>2</sub>-Abgabe e.V. ( <https://co2abgabe.de/> )

### **3) Aufhebung des 52 GW-Ausbau-Deckels bei der Photovoltaik und des kombinierten 4 GW/Jahr Zubau-Deckels für PV & Windkraft**

Für die Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele braucht Deutschland einen jährlichen Ausbau von über 10 Gigawatt bei Solar- und ebenfalls bei Windkraft. Bei Beibehaltung des 52 GW-Deckels bei der PV fehlt den meisten Anlagen unter 750 kWp die Wirtschaftlichkeit, da der Marktwert für PV-Strom zur Deckung der Kosten von PV-Dachanlagen (noch) nicht ausreicht;

Auch Ergebnis im „[Erfahrungsbericht zum EEG 2017](#)“ des BMWi (Stand: Juni 2018)

[https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/files/EEG\\_2017\\_Erfahrungsbericht.pdf](https://www.clearingstelle-eeg-kwkg.de/files/EEG_2017_Erfahrungsbericht.pdf)

Könnte aber z. B. durch eine CO<sub>2</sub>-Abgabe geschaffen werden, sh. vorheriger Punkt;

### **4) Schnelle Umsetzung des EU-Gesetzespaketes „Saubere Energie für alle Europäer“ und zwar im Sinne der Verfasser des Gesetzes (deutlich vor dem 30.6.2021)!**

#### **Umsetzung des Gesetzespakets unter Beachtung nachfolgender Kriterien**

#### **- Entdiskriminierung des Eigenverbrauchs und zwar für private und gewerbliche Kunden**

insbesondere keine weitere Erhebung der reduzierten EEG-Umlage auf eigenerzeugten und -verbrauchten EE-Strom für Anlagen mit höchstens 30 kW installierter Leistung, auch dann nicht, wenn die Wirtschaftlichkeit der Projekte oder die Anreizwirkung der Förderung nicht untergraben wäre; hiermit wäre ein erheblicher Bürokratieabbau und damit ein Abbau (versteckter) Kosten bei Anlagenbetreibern, Netzbetreibern und Finanzbehörden verbunden, was derzeit ein Investitionshemmnis bzw. Kostentreiber ist.

### **- Eigenversorgung auch durch Dritte ermöglichen - ohne Erhebung der EEG-Umlage**

konkret: Personenidentität von Betreiber der Anlage und Nutzer des Stromes streichen, damit auch Dritte, z. B. Energiegenossenschaften oder ein Stadtwerke Anlagen zur lokalen Eigenversorgung finanzieren und betreiben können;

### **- Schaffung der Rechtsfigur der gemeinsam handelnden Eigenversorger**

Voraussetzung, dass Eigenversorgergemeinschaften wie z. B. in der Schweiz erfolgreich praktizierend, Anlagen gemeinsam Errichten und Betreiben können, ohne diskriminierenden und unverhältnismäßigen Verfahren unterworfen zu sein;

### **- Auflösung der Ortsbindung für Eigenversorgeranlagen**

D. h. Endkunden/Prosumern die Erzeugung von Strom zum Zwecke der Eigenversorgung auch an einem anderen Ort, z. B. Dach eines Gebäudes auf einem anderen Grundstück gestatten (unter der Auflage der Zahlung eines Netzentgeltes);

## **5) Umsetzung von regionalen Marktplätzen für den Handel von Strom (auf Basis der Regionalstromkennzeichnung)**

Lokalen Handel von Grünstrom zwischen Erzeugern und Verbrauchern ermöglichen und so das EEG-Konto entlasten und die Notwendigkeit des Netzausbaus minimieren;

Siehe „Impulspapier Bürgerstromhandel“ des Analyseinstituts Energy Brainpool, erstellt im Auftrag des Bündnis Bürgerenergie (BBEn):

[https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user\\_upload/2017-12-12\\_Brainpool-Oppen\\_Impulspapier-Buergerstrom\\_Final.pdf](https://www.buendnis-buergerenergie.de/fileadmin/user_upload/2017-12-12_Brainpool-Oppen_Impulspapier-Buergerstrom_Final.pdf)

Rahmenbedingen hierfür u. a.:

- keine Einspeisevergütung für lokal direkt vermarkteten Strom
- stattdessen direkter, EEG-Umlage-befreiter Verkauf mit reduzierten Netzentgelten von 3 ct/kWh für lokal vermarkteten Strom ermöglichen
- für nicht direkt vermarkteten Strom wird nur der Marktpreis gezahlt
- für nicht lokal (direkt) vermarkteten Strom fällt volles Netzentgelt an

## **6) Kein Steuergeld für Terminals zum Import von Fracking-Gas aus den USA!**

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat angekündigt, Fördermittel für den Bau von Flüssiggas-Terminals (LNG: Liquefied Natural Gas) in Norddeutschland bereitstellen zu wollen. Mit den Terminals soll vor allem verflüssigtes Schiefergas aus den USA importiert werden, das dort durch die besonders klimafeindliche und umweltschädliche Fracking-Methode gewonnen wird.

Das Handelsblatt Global nennt als eigentlichen Grund “geopolitischen Spielchen zwischen US-Präsident Trump und Russlands Präsident Putin”.

Bei konventionell gefördertem Erdgas, wie es in Deutschland derzeit bezogen wird, ist die Klimabilanz derzeit besser noch als bei Kohle oder Öl.

Dies gilt jedoch nicht für das Fracking-Gas aus den USA. Dort sind Studien zufolge die Vorkettenemissionen rund dreimal so hoch (unabh. von den zusätzlichen Risiken des Fracking für das Grundwasser).

**Staatliche Subventionen hierfür sind daher abzulehnen!**

## **Ergänzend: Beachtenswerte Aussagen von Managern der Energiewirtschaft**

### **1) Dr. Johannes Teysen**

Vorstandsvorsitzender der E.ON SE & Präsident von Eurelectric  
bei einem Vortrag im Mai 2018 bei den „JARA-ENERGY Talks“, einer gemeinschaftlichen  
Veranstaltungsreihe der Jülich Aachen Research Alliance (JARA), des E.ON ERC, des ISEA und des  
FEN

**„Die Stromversorgung der Zukunft kann durch den Ausbau volatiler und privat betriebener Erzeugungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien gesichert werden.“**

**„Innovationen – die wichtigste Energiequelle der Zukunft“.**

Für deren Entwicklung und Umsetzung sieht er neben der Politik vor allem auch Energie- und Technologieunternehmen sowie die Wissenschaft in der Verantwortung. Nur gemeinsam sei ein innovatives Energiesystem realisierbar. Service und Kundenorientierung müssten dabei unbedingt im Vordergrund stehen.

Trotz hoher Investitionen in die Energiewende und vieler Fortschritte beobachtet Dr. Teysen eine tendenziell **zunehmende Verunsicherung in weiten Teilen der Gesellschaft**, wenn es um die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende geht. Man sehe – dies gelte sicher auch für manche Medien – eher die Anhaltspunkte für ein mögliches Scheitern als die zahlreich vorhandenen positiven Aspekte.

Der E.ON-Chef **forderte in seinem Vortrag die Politik nachdrücklich auf, die Energiewende mutig und nachhaltig zu Ende zu denken**. Es gelte, weitere Anreize für den Wandel zu setzen. Dazu zählten beispielsweise auch die **Einführung eines CO<sub>2</sub>-Mindestpreises** und **Investitionsanreize für die smarten Netze von morgen**. Der Kundennutzen solle im Fokus stehen, neue Geschäftsmodelle müssten auf dieser Grundlage entwickelt werden. Parallel dazu müssten Technologieunternehmen sich von Subventionen lösen und ebenfalls den Kundenwunsch in den Blick nehmen.

### **2) Lex Hartman**

**bis 31.12.2018 Geschäftsführer der TenneT TSO GmbH**

bei einer Veranstaltung im Rahmen der „Netzreise 2018“ von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier zum **Thema „Automatische Systemführung“**.

**„Damit wachse das Potenzial für eine effizientere Nutzung der Netze gigantisch, eine Steigerung von 30 Prozent und mehr sei denkbar.“**

„Es würde bedeuten, **dass wir mit den bestehenden Netzen mehr Energie transportieren können und deshalb im Endeffekt weniger Netze brauchen.**“ Er habe die automatische Systemführung schon vor zwei Jahren angeregt, aber erst jetzt habe die Bundesnetzagentur zugesagt, diese Lösung zu fördern. Er freue sich über diesen großen Fortschritt. „Die Möglichkeit zur automatischen Systemführung“, darauf wies Hartmann außerdem hin, „beschränkt sich aber nicht nur auf das Transportnetz. Mit dem Demand Side Management gibt es auf der Verbraucherseite eine ähnliche Entwicklung.“